

## „Pax optima rerum“ – Ist der Pazifismus die Konsequenz biblisch-theologischer Friedensethik?

### Einleitung

Daß das Thema als Frage formuliert ist, weist auf die Offenheit hin, mit der nach der Konsequenz biblisch-theologischer Friedensethik gefragt wird. Es könnte das Ergebnis herauskommen, daß der Pazifismus eben nicht die Konsequenz biblisch-theologischer Friedensethik darstellt, sondern sein Gegenteil oder eine abgemilderte Variante oder eine Mischform. Es könnte aber auch als Ergebnis herauskommen, daß das Thema statt mit einem Fragezeichen mit einem Ausrufezeichen versehen werden muß.

Wie auch immer, das Ergebnis wird nicht unwesentlich von dem abhängen, was unter Pazifismus zu verstehen ist. Deshalb ist eine Begriffsdefinition und ein Blick in die Geschichte des Pazifismus unabdingbar.

#### a) *Pazifismus – Definitionen*

1. Eine sehr allgemeine und positive Beschreibung liefert V. Eller in seinem Buch über „Die Kirche der Brüder“: Der Pazifismus ist „eine klug durchdachte soziale Methode zur Lösung von Konfliktsituationen und zur Erlangung bestimmter sozialer Ziele“<sup>1</sup>.
2. Aus der internationalen Friedensbewegung kommen Definitionen, die die Lebendigkeit und Ziele pazifistischer Vorstellungen anzeigen:
  - Pazifismus ist eine Lebenseinstellung, die auf völligen Frieden und Gewaltlosigkeit gerichtet ist. Er ist Lebensstil und Lebensziel
  - Pazifismus ist die Überzeugung, Konflikte grundsätzlich gewaltlos und friedensbewegt bearbeiten zu wollen.
  - Pazifismus ist nicht nur Gewaltlosigkeit, sondern Friedenhaftigkeit, ist nicht nur Verzicht, sondern Inhalt, ist nicht nur Verweigerung, sondern Zustimmung, ist nicht nur passive Position, sondern aktive Alternative.
  - Pazifismus ist mehr als Verweigerung, er ist Verhinderung; er ist mehr als Prävention, vor allem Innovation (Konfliktbearbeitung, Kommunikation, Streitkultur, Konfliktlösung, Verträge)

---

1 V. Eller, Die Kirche der Brüder, Stuttgart 1971, S. 63.

- Pazifismus ist das Drängen auf stetigen Abbau von Gewaltpotentialen und nachdrücklicher Auf- und Ausbau gewaltfreier Konfliktmechanismen.
  - Pazifismus ist zukunftsorientierte Friedensarbeit, ist vorwärtsdrängende Arbeit am Friedensprozeß, ist Durchdringung der Realität mit gewaltfreien Friedensperspektiven und Friedenshandeln.
  - Pazifismus ist Vision und Aufgabe, Ziel und Weg, Idealismus und Pragmatismus.
3. Die Aufgabe des Pazifismus wird in zwei Schritten gesehen:  
Erster Schritt: Begrenzung von Gewalt in und zwischen Staaten, Völkern, Nationen, Regionen und Gruppen  
Zweiter Schritt: Überwindung und Abschaffung von Gewalt im gesellschaftlichen und staatlichen Leben
  4. Die Strategie des Pazifismus könnte man mit einem Wort von Hermann Hesse definieren: „Man muß mit dem Unmöglichen beginnen, um das Mögliche zu erreichen“.  
Da stellt sich sofort die Frage, ob es ein biblisches Pendant zu dieser Strategie gibt? Etwa die Bergpredigt?
  5. Das Bekenntnis des Pazifismus läßt sich so zusammenfassen: Pazifismus ist die grundlegende Notwendigkeit für unsere Welt, die einen vielfachen Overkill geschaffen hat. Pazifismus ist die Bedingung unseres Zeitalters. Es gibt keine Alternative für den Pazifismus, um die Welt erhalten zu können. Friedenserziehung ist die wichtigste Aufgabe für unsere Zeit, weil das Denken und Handeln im Kopf beginnt.
  6. Eine theologische Definition könnte wiederum im Anschluß an V. Eller lauten:  
Pazifismus ist eine ‚gewaltlose Liebe‘, die hoffend und vertrauend den Weg des gehorsamen Jüngers Jesu geht, auch dann, wenn er als unlogisch gilt und die Konsequenzen nicht absehbar sind oder sogar zu unerfreulichen Ergebnissen führen. Das Paradigma dazu ist der Tod Jesu am Kreuz, dem der Sieg der Auferstehung folgt.  
Dieser theologische Pazifismus ist mehr als nur eine Ablehnung jedes Militärdienstes, sondern eine Grundhaltung des Christen in der Welt. Frieden muß nicht nur gesucht und vertreten werden, sondern ihm muß man nachjagen: Pazifismus ist das Bekenntnis zur konstanten Jagd nach dem Frieden<sup>2</sup>.

---

2 Ebd. S.63 f.

7. Innerhalb des Pazifismus zu differenzieren versucht aus einer mennonitischen Position heraus Myron S. Augsburg, Prof. am Eastern Mennonite College, USA:

„Als Vertreter der ntl. Lehre der Gewaltlosigkeit oder des ntl. Pazifismus möchte ich hervorheben, daß dieser Standpunkt evangelikal und biblisch ist; er hat nichts mit humanistischem oder moralistischem Pazifismus zu tun. Der theologische Ausgangspunkt ist die Realität und Priorität unserer Zugehörigkeit zum Reiche Christi“.<sup>3</sup>

8. Der Pazifismus ist inzwischen so vielfältig und unterschiedlich, daß nicht mehr einfach von dem Pazifismus geredet werden kann. Es muß durchaus zwischen Voraussetzungen und Formen innerhalb des Pazifismus unterschieden werden: z.B. fundamentalistischer Pazifismus, utopischer Pazifismus, absoluter Pazifismus, radikaler Pazifismus, bedingter Pazifismus, bürgerlicher Pazifismus, ideologischer Pazifismus, christlicher Pazifismus, humanistischer Pazifismus, sozialistischer Pazifismus, moralischer Pazifismus.

#### *b) Geschichte des Pazifismus*

Pazifistisches Gedankengut bildet eine Traditionskette, die von den Anfängen in biblischen und frühchristlichen Zeiten bis heute reicht. Jahrhundertlang war diese Traditionskette fast verschüttet, bis sie in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts eine neue Bedeutung gewann.

Die Wiege des neuen Pazifismus steht in den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Erfahrung des Krieges, den der junge Staat von 1812-1814 mit England führte, verursachte zunehmend eine heftige Kritik in den Diskussionen der Notabeln aus der städtischen Mittelschicht des amerikanischen Nordostens – Prediger, Anwälte, Kaufleute, Reeder, Beamte. Es waren oft vom Kongregationalismus geprägte und durch die Aufklärung beeinflusste Männer, die durch ihre gemeindliche und berufliche Tätigkeit einen globalen Horizont gewonnen hatten. Ihre Kritik am Krieg und seinen Folgen nahm bald grundsätzlichen Charakter an.

Ebenso, wie sie eine grundsätzliche Antikriegshaltung gewannen, setzten sie sich für die Beseitigung der Sklaverei, für Frauenstimmrecht, für Reformen im Schulwesen, für die Verbesserung der Lage von Arbeitern ein. Aus christlichem und philanthropischem Antrieb bildeten sie eine umfassende bürgerliche Reformbewegung, aus deren Kern 1814 die Gründung der „Massachusetts Peace Society“ erfolgte.

In dem veröffentlichten Manifest „A Solemn Review of the Customs of War“ heißt es: „Es gibt nichts in der Natur des Menschengeschlechts, was

3 In: Robert Clouse (Hg), *Der Christ und der Krieg*, Marburg 1982, S. 69.

den Krieg notwendig und unvermeidlich macht, nichts, was die Menschen ihm zuneigen läßt, kann nicht durch die Kraft der Erziehung überwunden werden“<sup>4</sup>.

Hier werden Grundverständnisse, die diesen Pazifismus trugen, deutlich:

- Krieg ist kein durch die Natur oder die Geschichte des Menschen unvermeidbares Ereignis (Geschichtsverständnis),
- die Natur des Menschen macht Krieg nicht notwendig (Menschenbild),
- der Glaube an die Kraft und den Erfolg der Erziehung des Menschengeschlechts ist groß (Aufklärung).

Bevor die Friedensbewegungen in Nordamerika und Europa entstanden, hatten bereits christliche Friedenskirchen und einzelne Friedensdenker der Sehnsucht der Menschheit nach einer Welt ohne Krieg immer wieder Ausdruck verliehen. Für die Zeit bis zum Ende des 18. Jahrhunderts haben diese Friedenskirchen allerdings sowohl wegen politischer Unterdrückung und gesellschaftlicher Benachteiligung als auch wegen Absonderung ihrer Gemeinden und mancher Besonderheiten ihrer Theologie keinen direkten, breiten, ununterbrochenen Weg zum organisierten Pazifismus gefunden.

Aber, durch ihre eindeutige Position in der Kriegsverneinung, die sich in der Verweigerung von Kriegsdienst und Kriegssteuern bewies, und auch durch ihre Leidens- und Überlebensfähigkeit, die sich in der Verfolgung bewährte, haben sie mit ihrer Friedensüberzeugung doch beispielgebend gewirkt. Besonders die Mennoniten – noch stärker die Quäker – lieferten später vielfache organisatorische und programmatische Anstöße für die pazifistische Bewegung, allerdings bei weitem intensiver für die angloamerikanischen Verhältnisse als für das kontinentale Europa<sup>5</sup>.

Die Geschichte des Pazifismus entwickelte sich auf großen internationalen Friedenskongressen (z.B. 1848 in Brüssel, 1849 in Paris, 1850 in der Frankfurter Paulskirche), die dringliche Forderungen nach Abrüstung, Abschaffung stehender Heere und Verzicht auf militärische Interventionen an die Regierungen der Welt stellten.

Im deutschen Kaiserreich blieb der Pazifismus eine Friedensbewegung mit einem „maßvollen Reformprogramm im Sinne eines pazifistischen Minimalismus“. Von ihm konnte „keine Gefahr für das bestehende Sozialgefüge ausgehen“<sup>6</sup>. Der Erste Weltkrieg führte zu einem Zusammenbruch der

---

4 Vgl. Karl Holl, Pazifismus in Deutschland, Frankfurt 1988, S. 20 f.

5 Ebd. S. 7 f.

6 Ebd. S.83.

pazifistischen Utopie, aus dem sich sich die Friedensbewegung erst wieder in der Weimarer Republik erholen konnte.

Das Dritte Reich vernichtete weitgehend die Friedensbewegung, indem Pazifisten verfolgt, umgebracht und viele ins Exil getrieben wurden. Für Hitler stellte der Pazifismus einen prinzipiellen, unversöhnlichen Gegensatz zu allem dar, was – so meinte er – die deutsche Nation mächtig und groß gemacht hatte, nämlich Kampf, Eroberung, Unterwerfung<sup>7</sup>.

Ein organisatorischer Neubeginn gelang nach 1945, der wesentlichen Anteil an der Einführung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hatte. Atomare Aufrüstung, Notstandsgesetzgebung, Vietnamkrieg und die Ideologie des Kalten Krieges zwischen Ost und West bildeten Anlässe für eine verstärkte pazifistische Aktivität und führten zum Entstehen einer weitgreifenden Friedensbewegung, die besonders aus der Studentenbewegung der 60er Jahre starke Impulse empfing. Einen vorläufigen Höhepunkt, aber auch kritische Rückfragen, erlebte der Pazifismus auf dem diesjährigen großen Friedenskongreß anlässlich des 350jährigen Gedenkens an den Westfälischen Frieden von 1648.

Der Pazifismus ist in Deutschland bis heute zu oft eine akademische Angelegenheit von Schriftstellern, Autoren, Theologen, Soziologen, Intellektuellen und kirchlichen Mitarbeitern geblieben. Seine Verwurzelung im Volk hat nie wirklich stattgefunden. Die konstant hohe Zahl der Kriegsdienstverweigerer (ca. 150.000 pro Jahr) könnte allerdings ein Hinweis darauf sein, daß seine Wirkung fortbesteht.

### *c) Ergebnis:*

Der Pazifismus der Neuzeit ist als bürgerliche Reformbewegung im Kontext bürgerlicher Emanzipation entstanden. Er ist aus Bedingungen entstanden, die erst aus dem Zusammenbruch des Ancien Régime hervorgehen konnten. Er lebte wie in einem System kommunizierender Röhren im Austausch mit der bürgerlichen Demokratie und dem politischen Liberalismus dieser Zeit.

Fünf wesentliche Bedingungen waren nach Karl Holl für diese Entwicklung maßgebend:

1. Eine fortschreitende Säkularisierung der Friedensdiskussion, die die bisher nur spezifisch christliche Forderung nach Frieden verließ bzw. ergänzte und die eine zunehmende Skepsis gegenüber Augustins Lehre vom „gerechten Krieg“ entwickelte.

---

7 A. Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, München 1925, S. 144.284.

2. Die zunehmende Dringlichkeit für Frieden angesichts neuer ballistischer Waffen und Waffensysteme, neuer Formen der Kriegführung und der Verwilderung des Krieges durch den Verlust ritterlicher Verhaltensnormen.
3. Eine über die nationale Begrenzung hinausgehende europäozentrische Sicht, die mit Plänen für eine europäische Staatenföderation und entsprechend friedensstiftenden Institutionen verbunden war.
4. Die aus der Idee konfessioneller Toleranz gewonnene Idee für Gewaltverzicht zwischen Staaten.
5. Die aus der bürgerlichen Lebens- und Handelswelt entnommenen Normen wie Freiheit, Recht und Gerechtigkeit, die man auf die Friedensbeziehungen zwischen den Staaten übertrug (Verrechtlichung zwischenstaatlicher Beziehungen, Freihandelsbewegung)<sup>8</sup>.

Christlicher Pazifismus nährt sich aus der biblisch bezeugten Offenbarung, die in Jesus Christus ihre Mitte und ihr Ziel gefunden hat. Ihr theologischer Ausgangspunkt ist die Realität und Priorität und Expansion des Reiches Gottes, das die Herrschaft des Christus ist. Die Zugehörigkeit zu diesem Reich entscheidet und veranlaßt zu einem Leben und Handeln, das der Herrschaft Christi entspricht. Diese Herrschaft ist eine Herrschaft der Liebe, der Gerechtigkeit und des Friedens.

### **I. Ein Traum gegen den Alptraum – Friedensethik in biblischer Perspektive**

Wer dem Stichwort „Frieden“ in der Bibel nachspürt, muß sich darauf gefaßt machen, daß Realität und Utopie dicht beieinanderliegen und doch weit auseinanderklaffen. Er versucht, mit dem Verstand zu begreifen und erlebt doch, daß „der Frieden höher ist als alle Vernunft“.

Aber was soll man machen? Frieden ist lebensnotwendig. Da wirkt eine biblische Aussage, die stellvertretend für andere steht, wie ein Schlag vor den Kopf: „Die Gottlosen haben keinen Frieden“ (Jes. 57, 21). Es soll auch Christen geben, die keinen Frieden haben! Aber dieser Satz, so generell gesagt, baut zunächst einmal Illusionen ab.

#### *1. Die menschliche Friedensunfähigkeit*

Paulus wagt die ernüchternde Behauptung: „Alle stehen unter der Herrschaft der Sünde, es gibt keinen, der gerecht ist, keinen, der Gutes tut. Schnell sind sie dabei Blut zu vergießen. Verderben und Unheil sind auf ihren Wegen, und den Weg des Friedens kennen sie nicht“ (Röm. 3, 9-18).

---

8 Holl (wie Anm. 4), S. 9.16.

Diese zugegebenermaßen sehr allgemein gehaltene Behauptung menschlicher Unfähigkeit zum Frieden gründet auf der Erkenntnis, daß ein Mensch, der nicht in Frieden und Harmonie mit Gott lebt, auch nicht zum Frieden mit sich und zwischen Menschen und Völkern findet.

## 2. *Die Antwort Gottes zum Frieden*

Gottes Antwort auf die menschliche Friedensunfähigkeit ist eine überwältigende Perspektive für weltweiten Frieden. Auf sie setzt biblische Friedensethik:

„Am Ende der Tage wird es geschehen, da machen sich viele Nationen auf den Weg und sagen: Kommt, wir ziehen hinauf zum Berg des Herrn. Er zeige uns seine Wege. Auf seinen Pfaden wollen wir gehen. Dann schmieden sie Pflugscharen aus ihren Schwertern und Winzermesser aus ihren Lanzen. Man zieht nicht mehr das Schwert, Volk gegen Volk, und übt nicht mehr für den Krieg“ (Jes. 2, 2-5; Mi. 4, 1-5).

Mit diesem prophetisch übermittelten Wort gibt die Bibel eine Verheißung für Frieden, die nicht als Utopie im Sinne einer sich nie erfüllenden Illusion gemeint ist. Mit ihr ist der konkrete und zielgerichtete Wille Gottes für die Welt ausgesprochen. Und zwar nicht als Geschehen, das nach dem Ende der Welt sich erfüllen wird, sondern „am Ende der Tage wird es geschehen“, zum Ende hin, mit der Endzeit beginnend und sich vollendend. Das Neue Testament ist eindeutig in der Aussage, daß mit dem Kommen des Christus, also mit der Geburt Jesu von Nazareth, die Endzeit bereits begonnen hat (Hebr. 1, 1-3). Diese Perspektive für weltweiten Frieden wird sich deshalb in dieser Zeit realisieren.

## 3. *Die Tat Gottes für den Frieden*

Für die Menschwerdung der Visionen der Propheten steht der menschengewordene Sohn Gottes, Jesus Christus. In ihm „wird uns das aufstrahlende Licht aus der Höhe besuchen [...] und unsere Schritte auf den Weg des Friedens lenken“, bekennt Zacharias (Lk. 1, 78-79).

Jesaja hatte in seiner Vision (Jes. 2, 2-5) von einem Licht gesprochen, das plötzlich aufleuchtet. Seine Strahlen fallen auf einen Berg, der sich streckt und dehnt bis sein Gipfel den Himmel zu berühren scheint. Frieden geht von diesem leuchtenden Berg aus wie ein ruhiger Strom. Er verwandelt das Denken der Menschen und mit ihrem neuen Denken auch ihr Tun. Ihre Gedanken entwerfen nun Pläne des Friedens und sie verlernen immer mehr, wie man Krieg macht.

Was Jesaja noch auf einen Ort konzentriert sieht, namentlich auf den Berg Zion in Jerusalem, bezieht das Neue Testament auf Jesus Christus. Er ist das Licht aus der Höhe und der alles überragende Tempelberg, bei dem

alle Menschen und Völker Frieden finden können. Gott versöhnte durch den Sohn die Welt mit sich selbst, sagt Paulus (2. Kor. 5, 18-19). Friede, der Gott und Menschheit wieder vereint, breitete sich damit aus. Mit Jesus Christus bringt Gott eine neue Qualität in das Leben von Menschen (2. Tim. 1, 10). In der Person Jesu Christi wird dieser einseitig von Gott gemachte Frieden mitten in der noch völlig unvollkommenen Welt bereits Wirklichkeit.

#### *4. Die Umkehr zum Frieden*

Da mit dem Kommen Jesu das Reich Gottes angebrochen ist, ergeht an den Menschen der Ruf, umzukehren und diesem Evangelium zu glauben (Mk. 1, 14-15). Das Reich Gottes besteht in Gerechtigkeit und Frieden (Röm. 14, 17). Die Umkehr ist nötig, um die Gerechtigkeit, die vor Gott gilt, zu erlangen und die Grundlage für den eigenen Frieden zu erhalten. Umkehr ist aber auch unabdingbar, um der Perspektive Gottes für den weltweiten Frieden glauben zu können, weil sie sich gegen allen Schein und alle Logik wendet.

#### *5. Die Gemeinde des Friedens*

Jesus Christus hat durch seinen versöhnenden Tod am Kreuz nicht nur die Feindschaft zwischen Menschen und Gott überwunden, sondern auch eine neue Gemeinschaft gestiftet, die weltweite Gemeinde Christi (Eph. 2, 14-22). Über alle Grenzen zwischen Völkern und Rassen hinweg sind die an ihn Glaubenden zu Brüdern und Schwestern geworden. Sie sind in einer höheren Art „Blutsverwandte“. Diese Einheit bedeutet mehr als Bindungen an Volk, Rasse oder Nation. Mit ihr hat Gott eine neue Menschheit begonnen, die mit ihrer Existenz und ihrem Lebensvollzug Hoffnungszeichen für einen übernationalen und ökumenischen (= weltweiten) Frieden darstellt. Mit der Bergpredigt ist ihr die Gesinnung und der Auftrag zum Handeln aus Glauben gegen alle Eigengesetze dieser Welt gegeben. In ihr werden die, die Frieden stiften, Kinder Gottes genannt und denen, die keine Gewalt anwenden, wird ausgerechnet das Erbe des Landes verheißen (Mt. 5, 5.9).

#### *6. Das Handeln für den Frieden.*

Die prophetische Vision des weltweiten Friedens hat mit dem Kommen Jesu Christi und seiner Gemeinde noch nicht das letzte Ziel erreicht hat. Das ist offenkundig. Die Endzeit ist durch das Licht des Friedens Gottes erhellt, aber auch durch die Dunkelheit von Kriegen gekennzeichnet. An dem Friedenskönig Christus und seinem Reich muß sich der Unfrieden und Krieg treibende Antichristus mit seinen Vasallen offenbaren. Die vier apokalyptischen Reiter, die in Offenbarung 6 dargestellt werden, symbolisieren die schrecklichen Vorgänge der Endzeit.

Damit ist aber weder Pessimismus noch Passivität angesagt. Im Gegenteil. Die Bibel ruft gerade angesichts der Endzeit zum aktiven Handeln für den Frieden auf, sowohl für den inneren Frieden mit Gott als auch für den äußeren Frieden in der Welt: Die Vision des Jesaja, die den weltweiten Frieden verspricht, endet mit dem bemerkenswerten Aufruf: „Auf, laßt uns wandeln im Licht des Herrn“ (Jes. 2, 5). Das Neue Testament schließt sich mit der Mahnung zur Feindesliebe (Mt. 5, 44-48) und dem Aufruf zum Friedenhalten mit allen Menschen (Röm. 12, 17-21; Hebr. 12, 14) an. Die Gemeinde ist aufgerufen, für den persönlichen Frieden mit Gott ebenso sehr wie für den Frieden in Staat und Gesellschaft und zwischen den Völkern zu beten und dafür zu arbeiten (1. Tim. 2, 1-4).

### *7. Friede, der höher ist als alle Vernunft*

Das Handeln für den Frieden ist von der endgültigen Antwort Gottes auf die Frage nach dem Frieden bestimmt. Gott verspricht, daß er einmal alles neu machen wird (Offb. 21, 1-5). Weil Christen gemäß der Verheißung Gottes einen neuen Himmel und eine neue Erde erwarten, in denen die Gerechtigkeit wohnt, bemühen sie sich schon jetzt, dem Frieden nachzujagen und ihn als Hoffnungszeichen aus der kommenden Welt Gottes in der jetzigen Welt zum Aufleuchten zu bringen (2. Petr. 3, 13-14). Sie halten fest an dem Friedensplan Gottes für diese Welt und gehen dabei das Risiko ein, der Schwäche oder Realitätsferne oder Unvernunft bezichtigt zu werden.

### *Zusammenfassung und Ergebnis:*

1. Es besteht kein Zweifel, daß im Gesamtzeugnis der Schrift der Frieden (shalom, eirene) ein Zentralbegriff darstellt wie etwa Gnade, Liebe, Glaube. Das Reich Gottes, das mit Christus begonnen hat, besteht in Gerechtigkeit und Frieden (justicia et pax). Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden, wie es ohne Frieden keine Gerechtigkeit gibt (Jes. 32, 17: „Das Werk der Gerechtigkeit wird der Friede sein“; Jak. 3, 18: „Die Frucht der Gerechtigkeit wird im Frieden gesät“; Ps. 85, 11: „Gerechtigkeit und Frieden werden sich küssen“).
2. Der Frieden in allen Dimensionen gehört zu den großen Hoffnungen und Perspektiven der Propheten. Der Messias wird als der „Fürst des Friedens“ erwartet. Der Frieden ist Inhalt des Evangeliums, das Jesus verkündigt und Aufgabe derer, die an ihn glauben. Der zentrale Friedensaspekt der Schrift kulminiert in dem urchristlichen Bekenntnis: „Christus ist unser Friede“ (Eph. 2, 14), so wie er unsere Gerechtigkeit, unsere Versöhnung, unser Heil und unsere Vollendung ist.

3. Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß der Friede nicht nur ein individuelles Ereignis zwischen Gott und Mensch ist, sondern ebenso eine ekklesiologische und gesellschaftspolitische Dimension hat (Micha 4, 1-4; 1.Tim. 2, 1-4). Der Schalom Gottes ist ganzheitlich. Er umfaßt alle Lebensbereiche des Menschen.
4. Friedensethik in biblischer Perspektive setzt auf das Reich Gottes, das sich wie ein Sauerteig durch den Teig der Welt ausbreiten will (Mt. 13, 33). Der Anbruch und die Entfaltung des Reiches Gottes auf der Erde gibt der Welt eine realistische Perspektive für Frieden. Die Gemeinde des Christus trägt als Salz der Erde zu ihrer Erhaltung bei. Ihr Handeln soll dem Frieden dienen, damit noch möglichst viele Menschen am Leben bleiben, zur Erkenntnis der Wahrheit kommen und den Vater im Himmel preisen (Mt. 5, 16). Sie nimmt diese Verantwortung durch ihr Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wahr. So setzt sie Zeichen und dient der Ausbreitung des Reiches Gottes.
5. Mit Jesus Christus ist die Güte und Menschenfreundlichkeit Gottes sichtbar geworden (Tit. 3, 4). Damit hat Gott ein Fundament für den Umgang mit den Menschen gelegt. Mit dem Gebot „Du sollst nicht töten“ (2. Mose 20, 13) hat Gott das menschliche Leben unter seinen unbedingten Schutz gestellt. Er hat sich allein das Recht vorbehalten, über Leben oder Tod zu verfügen. Seine Absichten mit jedem Menschen sind nicht, ihn zu vernichten und zu töten, sondern daß er zu ihm umkehrt und lebt (Hes. 18, 23).
6. Aus dieser Heilsabsicht Gottes leitet sich das Lebensrecht und die Menschenwürde jedes Individuums ab. In dem Glauben an diese mit der Menschwerdung Christi begründete Menschenwürde liegt die Gewissensverpflichtung, in keinem Fall einem Menschen die Chance auf Umkehr und ewiges Leben mit Gott zu nehmen.
7. Damit ist das höchste Maß für jedes friedensethische Handeln von Christen gefunden. Der von Gott geliebte Mensch, sein Leben, seine Würde, sein Heil und sein Wohl bilden die Leitlinie für die Ethik von Christen. Daraus ergibt sich die ethische Verpflichtung zum Einsatz für eine gesellschaftliche Ordnung, die dem Lebensrecht und der Würde des Menschen Rechnung trägt.
8. Das an biblischer Friedensethik orientierte Gewissen wird daher jeden Krieg, weil er immer zur Entwürdigung und Vernichtung von individuellem Leben führt, als Ausdruck des Bösen und der Menschenfeindlichkeit ablehnen und ächten.

9. Christen setzen ihr Vertrauen auf die höhere Macht Gottes und auf die verändernde Kraft der Liebe. Das Neue Testament bezeichnet Menschen, die so Jesus Christus nachfolgen, als „Überwinder“, denen die Zusagen des Reiches Gottes gelten (Ofb. 3, 21; 21, 7).
10. Der Verzicht auf Gewaltlösungen und damit sowohl die Verweigerung einer militärischen Ausbildung in Friedenszeiten als auch die Verweigerung des Kriegsdienstes bedeuten die konkrete Umsetzung des Wortes Jesu: „So, wie ihr von den Menschen behandelt werden möchtet, so behandelt sie auch“ (Mt. 7, 12).
11. Friedensethik in biblischer Perspektive gründet auf dem Faktum, daß sich der sogenannte „Heilige Krieg“ des Alten Testaments, der wie viele Vorgänge lediglich als „Schatten des Zukünftigen“ (Hebr. 10, 1) einzuordnen ist, im Neuen Testament zum geistlichen Glaubenskampf des Christen gewandelt hat. Dieser den Glaubenden aufgetragene heilige Krieg des Glaubens wird nicht als Kampf „gegen Menschen aus Fleisch und Blut“ geführt, sondern mit einer geistlichen Waffenrüstung gegen geistige Mächte zwischen Himmel und Erde. Er ist der Kampf mit dem Schwert des Wortes Gottes „für das Evangelium vom Frieden“ (Eph. 6, 12-17).

## II. Eine Minderheit gegen die Mehrheit – Kriegsdienstverweigerung in der Geschichte der Kirchen (Streiflichter und Beispiele)

### a) *Gewaltfreiheit und Militärverweigerung im frühen Christentum*

Es besteht kein Zweifel daran, daß die frühen Christen in der Nachfolge Jesu die Gewaltanwendung gegenüber Menschen ablehnten.

Eine allgemeine Wehrpflicht, wie sie die Neuzeit kennt, hat es im römischen Imperium nicht gegeben. Zur Sicherung des großen Imperiums wurde ein stehendes Heer von langdienenden Berufssoldaten für geeigneter angesehen. Nach etwa fünfundzwanzigjähriger Dienstzeit wurde der ausgediente Soldat Veteran und versorgungsberechtigt, indem er mit seiner ehrenvollen Entlassung (*missio honesta*) entweder ein Stück Siedlungsland oder auch bares Geld erhielt.

Mit diesen Donationen übte der Soldatendienst eine soziale und finanzielle Attraktivität aus, die auch an Christen nicht spurlos bleiben konnte. Allerdings verursachte der Soldatenstand auch nach wie vor schwerwiegende Anstöße, die besonders bei Christen – aber nicht nur bei ihnen – zur Ablehnung des Militärdienstes führten:

1. Der Soldatenstand war ein Kriegerstand, und die frühe Christenheit verwarf prinzipiell Krieg und Blutvergießen.

2. Offiziere mußten unter Umständen Todesurteile fällen, die von gemeinen Soldaten auszuführen waren.
3. Der unbedingte Soldateneid stritt mit der unbedingten Verpflichtung Gott gegenüber.
4. Der Kaiserkult trat nirgendwo so stark hervor wie im Heer und war für jeden einzelnen Soldaten fast unvermeidlich.
5. Offiziere mußten Göttern opfern, an denen sich die gemeinen Soldaten zu beteiligen hatten.
6. Die militärischen Feldzeichen erschienen als heidnische Sacra, ihre Verehrung also als Götzendienst, ebenso die militärischen Auszeichnungen (Kränze usw.).
7. Das weitverbreitete Verhalten von Soldaten in Friedenszeiten (Erpressungen, Zügellosigkeit, traditionelle Spiele und Belustigungen usw.) widersprach der christlichen Ethik<sup>9</sup>.

Solche Gründe veranlaßten die frühe Christenheit, den Soldatenstand als mit dem Glauben unvereinbar anzusehen. wer dennoch Soldat wurde, verlor die Gliedschaft am Leib des Herrn. So erklärt sich die Fülle von chirstlicher Militärdienstverweigerungen aus der Zeit der frühen Kirche.

Nicht nur der Kaiserkult als solcher war den Dienstverweigerern unmöglich nachzuvollziehen – auch wenn er meist den Anlaß dazu gab –, vielmehr war die mit dem Soldatenberuf verbundene unbedingte Bindung an den Kaiser, an das Säkulum – symbolisiert durch die Ablegung des unbedingten Fahneneides (sacramentum!) – was die unbedingte Bindung an Gott ausschloß. Bis in das 4. Jahrhundert bestand weithin Einigkeit darin, daß es dem Christen prinzipell untersagt war, andere Menschen zu töten. Dazu gehörte auch das Töten im Krieg und damit das Kriegführen insgesamt. Das geistliche Motiv kehrte immer wieder. „Non possum militare, non possum malefacere, quia Christianus sum“ („ich kann nicht Militärdienst tun, ich kann nicht Böses tun, denn ich bin Christ“).

Im Laufe des 4. Jahrhunderts zeichneten sich grundlegende Änderungen ab: Das Soldatsein, das auch Verwaltungs- und Polizeifunktion beinhaltete, wurde zunehmend unterschiedlich beurteilt. Es finden sich Stimmen, die das Soldatensein tolerierten, weil sich zunehmend mehr Christen in der staatlichen Verwaltung und im Heer befanden. Außerdem war das Römische Reich an seinen Grenzen fortwährend massiv bedroht und drohte unterzugehen.

Auf diesem realpolitischen Hintergrund stellte sich die Frage, ob sich die Christen weiterhin in ihrer Mehrzahl kritisch zum Staat und ablehnend zum Kriegführen verhalten sollten. Durch die seit langem sich anbahnende

---

9 A. v. Harnack, *Militia Christi*, 1905, S. 46 f.

Trennung von Klerus und Laien und die Entwicklung des Mönchtums bedingt, glaubte die Kirche eine Antwort gefunden zu haben. Mit der Einschränkung des Verbots von Militärdienst auf den Klerus und die Mönche konnte sie einerseits am Tötungsverbot festhalten und andererseits der politischen Situation entsprechen und für das Gros der Christen das Töten von Menschen in bestimmten Ausnahmefällen zulassen. Diese Linie setzt sich in der Folgezeit durch.

b) *Altkirchliche Quellen zum Soldatsein und zur Kriegsdienstverweigerung*

Tertullian (etwa 160 bis 220)

„Der göttliche und der menschliche Fahneneid, das Feldzeichen Christi und das Feldzeichen des Teufels, das Lager des Lichts und das Lager der Finsternis passen nicht zusammen. Ein und derselbe kann nicht zweien verpflichtet sein: Christus und dem Satan [...] Wie soll der einen Krieg führen, ja auch nur im Frieden ohne Gebrauch des Schwertes Soldat sein, dem der Herr das Schwert weggenommen hat! Denn wenn auch Soldaten zu Johannes gekommen sind und von ihm die Richtschnur für ihr Verhalten empfangen, wenn auch der Hauptmann gläubig wurde, so hat doch der Herr in der Entwaffnung des Petrus jeden Soldaten entwaffnet. Bei uns ist keine Uniform gestattet, die das Zeichen eines unerlaubten Berufes ist.“ (Tertullian, *De idolatria*, Kap.19).

Origenes (185-254)

Im Jahr 248 antwortet Origenes auf Celsus: „Wir sind gekommen, den Ermahnungen Jesu gehorsam, zu zerbrechen die Schwerter, mit denen wir unsere Meinungen verfechten und unsere Gegner angriffen, und wir verwandeln in Pflugscharen die Speere, deren wir uns früher im Kampfe bedient haben. Denn wir ziehen nicht mehr das Schwert gegen ein Volk, und wir lernen nicht mehr zu kriegen, nachdem wir Kinder des Friedens geworden sind durch Jesus, der unser Führer an Stelle der heimischen geworden ist“ (*Contra Celsum* V, 33).

„Wir leisten dem Kaiser in unserer geistlichen Waffenrüstung durch unsere Gebete Hilfe; aber die, die uns nötigen wollen, für das allgemeine Beste in den Krieg zu ziehen und zu morden, erinnern wir daran, daß ja auch ihre eigenen Priester nicht unter die Soldaten gesteckt werden, weil die Gottheit mit reinen Händen verehrt werden muß. Ist das vernünftig, wie viel vernünftiger ist es noch, daß wir, während die anderen in den Krieg ziehen, als Priester und Diener Gottes an dem Feldzug teilnehmen, in dem wir unsere Hände rein bewahren und für die gerechte Sache, den rechtmäßigen König und ihren Sieg beten. Auch leisten wir den Königen einen noch größeren Dienst als der Krieger im Felde, sofern wir durch unser Gebet die Dämonen, die Erreger des Kriegs, die Zerstörer der Verträge und des Friedens überwinden. Es gibt keinen, der für den König besser streitet als wir. Wir ziehen zwar nicht mit ihm ins Feld, auch nicht, wenn er's verlangt, aber wir kämpfen für ihn, indem wir ein eigenes Heer bilden, ein Heer der Frömmigkeit durch unsre Gebete an die Gottheit“ (*Contra Celsum* VIII, 70.73).

### III. Staat und Militärdienst in Positionen aus Freien evangelischen Gemeinden

#### a) *Hermann Heinrich Grafe und die Frühzeit der Freien evangelischen Gemeinden*

Freie evangelische Gemeinden „haben sich seit jeher schwergetan, ein eigenes politisches Profil zu entwickeln, was [...] im Laufe der Jahrzehnte allzuoft zu Regimehörigkeit und zu obrigkeitlicher Ergebenheit geführt“ hat. „Sicherlich begründet sich dies geschichtlich auch nachweisbare Defizit nicht in der politisch gleichgültigen Haltung Grafes [...]“, des maßgebenden Gründers dieser Gemeinden in Deutschland. So beurteilt der Herausgeber und Mitautor der beiden 1988 herausgekommenen Bände über die Geschichte und Theologie der Freien evangelischen Gemeinden, Wolfgang Dietrich, die nicht oder kaum vorhandene Position zu Politik und Staat<sup>10</sup>.

Hermann Heinrich Grafe, seines Zeichens Textilfabrikant in Elberfeld, schrieb am Ende des Jahres 1849 eine äußerst kritische Analyse der revolutionären Vorgänge der Jahre 1848/49, die auch in Elberfeld am 9. Mai 1849 zur Revolution und zu Barrikadenkämpfen geführt hatten. Grafe war mit seiner Familie – wie viele andere wohlhabende Bürger auch – in die ländliche Umgebung des Wuppertals geflüchtet und hatte Aufnahme bei seinen Schwiegereltern in Mettmann gefunden. Von hier aus schrieb er am 12.5.1849 einen Brief, in dem er mitteilte, daß ihm sein Gewissen „keinesfalls erlaubt haben würde“, sich als Mitglied der Bürgerwehr an dem Kampf gegen die Aufständischen zu beteiligen. „Wir müssen wachen, beten und nüchtern sein! – Der Herr gebe den Seinen Glauben und Standhaftigkeit, daß sie wie treue Kämpen mit dem Schwert des Geistes und des Worts [...] die Welt und ihre Lügentaten strafen!“

1850 saß Grafe dann allerdings einem Geschworenengericht bei, das über 122 Angeklagte des Aufstandes zu Gericht zu sitzen hatte. Er gehörte „zu der Minorität, die, ohne sich einschüchtern zu lassen, das ‚Schuldig‘ über eine Anzahl Ruhestörer aussprach“<sup>11</sup>.

Zwei Jahre später, am 21.6.1852, sieht Grafe manches anders: „Ich sehe jetzt das Unrecht nicht mehr bloß im Volk, sondern ebensogut bei den Fürsten“. „Und sollte ich unter den verschiedenen Regierungsformen wählen, so würde ich keine Bedenken tragen, mich für eine Republik, als für die an sich beste, zu erklären [...]“.

---

10 W. Dietrich, Ein Act des Gewissens, Bd. 2, Witten 1988, S. 32 f.

11 H. Neviandt, Erinnerungen aus dem Leben ... des Kaufmanns H.H. Grafe, in: ebd. Bd. 1, S. 146.

Damit bekennt sich Grafe deutlich gegen die Monarchie und plädiert für ein demokratisches Staatsverständnis, das dem freikirchlichen Verständnis von Kirche gelegener erscheinen muß.

Am 22.6.1852 notiert er in sein Tagebuch: „Ich enthalte mich übrigens gerne jedes Urteils über Politik, weil ich soviel von der Politik weiß und bereits selbst erlebt habe, daß das eigentliche, positive Recht dabei überall und nirgends ist, daß die Gewalt das Recht macht, und man nach dem Erfolge der Waffen über Recht und Unrecht entscheidet“.

Nach diesem kritischen Diskurs über Recht und Gewalt beschreibt Grafe seine pessimistische Sicht zur Politik: „Der Gläubige, welcher, als Pilger und Gast in diesem Leben, seiner wahren Heimat im Himmel entgegenzueilen soll, kann an der Politik und dem eitlen und vergänglichen Treiben der Welt unmöglich einen so regen Anteil nehmen, daß er dadurch eine dauernde Besserung der menschlichen Verhältnisse zu erreichen hofft“.

Seine letztendlich ablehnende Position gegenüber politischer Betätigung, die eine freikirchliche und pietistische Tradition hat, wird in folgenden Tagebuchnotizen deutlich: „Die Politik ist ein Gebiet voll schlüpfriger Wege, auf welchen der Einfältige [...] nur zu Fall kommt und sich besudelt“ (23.6.1852). „Ja, die Politik ist der berechnenste Egoismus!“ Die Grundlage der Politik ist der Kampf gegeneinander „durch List und Intrigen oder durch offene Gewalt und Unterdrückung“. „Das ist der Kampf der Weltgesellschaft mit sich selber, die im Egoismus nicht nur ihr Bestehen, sondern selbst ihren unsterblichen Ruhm hat, durch Krieg und Verderben! Elendes Glück, das im Unglück anderer seine Größe sucht!“ (25.6.1852)<sup>12</sup>

Grafe analysiert in einem Aufruf des „Evangelischen Brüdervereins“ vom 3.7.1850, den er mitbegründet hat, daß „der Verfall in Kirche und Staat eine nie geahnte Höhe erreicht hat“. „Auch in sogenannten ‚zeitgemäßen‘ Veränderungen der Staats- und Kirchenverfassungen‘ liegt nicht das Mittel eine ausreichende Heilung [...] der Übel der Menschheit zu bewirken“<sup>13</sup>. Dieses Übel ist nur an der Wurzel zu fassen, an der persönlichen Umkehr des Menschen zu Gott durch den Glauben an Jesus Christus. Dieser evangelistischen Aufgabe sehen sich Grafe und die entstehenden Gemeinden vor allem verpflichtet. Politik gehört nicht zu ihrem Geschäft.

### *b) Kaiserzeit und Erster Weltkrieg*

Obwohl die freikirchliche Tradition eine strikte Trennung von Staat und Kirche fordert, bleiben Freie evangelische Gemeinden merkwürdig konser-

12 Ebd. Bd. 2, S. 44 f.

13 Ebd. Bd. 1, S. 150.

vativ in ihrem Staatsverständnis. Wie die anderen Freikirchen passen sie sich immer stärker der herrschenden Staatsideologie des Kaiserreichs an. „Zweifellos hat sich hier die innere Verwandtschaft zur Erweckungs- und Gemeinschaftsbewegung ausgewirkt. Mit ihr fühlten sich viele Freikirchler frömmigkeitsmäßig verbunden, obgleich es in der Ekklesiologie einen tiefen Graben gab [...]“<sup>14</sup>. Auf die Freien evangelische Gemeinden trifft diese Einschätzung besonders zu, da nicht wenige ihrer Gemeinden und Gemeindeglieder aus pietistischen landeskirchlichen Gemeinschaftskreisen stammten, die am Fortbestand des Staatskirchentums sehr interessiert waren, weil das ihrem eigenen Bestand zugute kam. Die ekklesiologische Kritik an der Staatskirche mündete nicht in eine Kritik am konservativen Staat mit der Ehe von Thron und Altar, sondern eher in eine apolitische Haltung. Sie wurde nur dann zögernd und punktuell verlassen, wenn es wegen offensichtlicher Behinderungen durch Behörden oder Staatskirche zu Unerträglichkeiten kam.

Trotz aller Behinderungen oder gar Diffamierungen stimmten auch Freie evangelische Gemeinden in die nationale Euphorie seit dem Sieg im Deutsch-Französischen Krieg und der Kaiserkrönung in Versailles ein. Einer aus ihren Reihen verteidigte die „natürlichen Bande“ der „Volksgemeinschaft mit ihrer Stammes- und Blutsgemeinschaft“ als „göttliche Ordnung“. „Und darum wäre es nicht nur unnatürlich, sondern auch widergöttlich, wollten wir als Christen nicht unser Volk und Vaterland liebhaben. Die besten Christen sollen zugleich die besten Volks- und Vaterlandsfreunde sein“<sup>15</sup>.

Einen Höhepunkt erreichte die Anpassung an den Zeitgeist im ersten Weltkrieg. Die freikirchlichen Prediger von Berlin und Umgebung verabschiedeten gemeinsam im März 1915 eine vaterländische Kundgebung, in der sie scharf mit den „anmaßenden Äußerungen“ der Freikirchen in England abrechneten, die es gewagt hatten, „das deutsche Volk, seine gerechte Sache zu verdächtigen und zu beschuldigen, seinen friedliebenden und gottesfürchtigen Kaiser als den Friedensstörer Europas zu verleumden und den deutschen Christen das Recht abzuspochen, ihre vaterländische Sache, die Bitte um Sieg, im Gebet vor Gott zu vertreten“<sup>16</sup>. „Die in den evangelischen Landeskirchen herrschende Kriegsideologie und Verehrung des Kaisers wurde – entgegen allen freikirchlichen Beteuerungen der Trennung von Staat und Kirche – voll inhaltlich übernommen [...] Für Deutschlands Ehre, Freiheit und Weltmachtstellung standen die freikirchlichen Soldaten an der

14 E. Geldbach, Freikirchen, Göttingen 1989, S. 154.

15 K. Engler, in: Der Gärtner, Nr. 51/52 vom 29.12.1918, S. 219.

16 Zitiert bei Geldbach (wie Anm. 14), S. 160.

Front; [...] und in den Gottesdiensten und Betsälen werden „Sonntags und Werktags Kriegspredigten und Betstunden abgehalten“. Besonders in der Betreuung von Soldaten und bei der Soldatenmission engagieren sich auch die FEG. Die Durchhaltedevise: „Schwarz-weiß-rot. Treu bis zum Tod“, wie sie auf einem baptistischen Soldatennotizkalender zu lesen war<sup>17</sup>, entsprach gewiß allgemeiner Stimmung.

c) *Weimarer Republik, Drittes Reich und Zweiter Weltkrieg*

Die Niederlage des ersten Weltkriegs, das Ende des Kaiserreichs, die Novemberrevolution und die Ausrufung der Republik am 9.11.1918 bedeutete für viele eine nationale Katastrophe und tiefe Enttäuschung („Nacht und Wirrwar um uns, vor uns“). Noch am 17.11.1918 meint eine gewichtige Stimme aus den FeG: „Die durch das Wesen Jesu Christi erneuerte deutsche Art hat noch einen göttlichen Auftrag auszurichten in der Geschichte der Menschheit [...] Wenn [...] der heimatliche Boden vor den Feinden geschützt werden muß, dann müssen Männer und Frauen bereit sein, voranzugehen in heiligem Opferwillen“<sup>18</sup>. Immerhin stellt sich auch eine kritische Distanz ein zu „dem albernen Geschwätz vom deutschen Gott, vom deutschen Glauben, deutscher Treue, deutscher Gesittung und von dem deutschen Wesen, an dem die Welt genesen müsse“<sup>19</sup>, und ebenso die Einsicht, daß die eigentliche Ursache des Zusammenbruchs in den „Sünden unseres Volkes“ liege, denen ein göttliches „Strafgericht“ folgen mußte<sup>20</sup>.

Aber weder erfolgte eine Umkehr von eigener Beteiligung am Freund-Feind-Denken und am grauenvollen Krieg noch ein grundsätzliches Umdenken in politischer Sicht. Man sprach sogar eine Wahlempfehlung für die monarchisch, völkisch, antiliberal und demokratisch zweifelhafte Deutsch-Nationale Volkspartei aus<sup>21</sup>. Obwohl die neue Verfassung eine Trennung von Staat und Kirche gebracht hatte, bewahrten auch die FeG bei voller Distanz zur Demokratie der Weimarer Republik eine „heilige Vaterlandsliebe“ aus monarchischer Zeit, mit der der die „nationale Erhebung“ und der „Aufbruch der Nation“ durch Hitlers Machtergreifung mit „freudigem Dank gegen Gott“ begrüßt wurde<sup>22</sup>. Der wieder aufblühende Nationalismus trübte auch Christen in den FeG den Blick: „Der ewige Gott, der über allem waltet, gab unserm Volk den Platz, der ihm gebührt [...] Will er vielleicht

17 Ebd. S. 160 f.

18 Der Gärtner, Nr. 3/4 vom 17.11.1918, S. 196.

19 Robert Kaiser, in: Der Gärtner Nr. 3/4 vom 26.1.1919, S.10.

20 Der Gärtner, Nr. 11/12 vom 23.3.1919, S. 42.

21 Der Gärtner, Nr. 1/2 vom 12.1.1919, S. 4.

22 Der Gärtner, Nr. 19 vom 13. 5.1934, S. 375.

durch Deutschland vorbereiten das Friedensreich, das er verheißen hat?!“<sup>23</sup>. Als das Gegenteil eintrat und der zweite Weltkrieg von Hitler vom Zaun gebrochen war, verdunkelte der Nationalismus vollends den Blick für die Realität: „Wir sind getrost und voller Zuversicht über den Ausgang des Krieges, der so ungerecht uns aufgezwungen worden ist“. Als ob Christen keine Feindesliebe und Gewaltlosigkeit aufgetragen sei, fiel man mit ein in häßliche nationalistische Verunglimpfungen anderer Völker: „Polens Schicksal muß und wird sich nun erfüllen. Es geht an der Übersteigerung seines Selbstgefühls und an der Maßlosigkeit seines Geltungstriebes zugrunde“. Bei England „haben wir es eben nicht mit nur mit menschlichem Denken und Empfinden zu tun, sondern mit dämonischen Mächten, die den Geist der Zeit beherrschen, auch den Geist eines Volkes, wenn es von allen guten Geistern verlassen ist“<sup>24</sup>. Nach dem völkerrechtswidrigen Überfall auf Holland und Belgien, konnte man schreiben: „In dem Gelingen der Pläne unseres Führers dürfen wir das Ja Gottes erblicken“<sup>25</sup>. Als Frankreich besetzt war frohlockte man:

„Wir danken es dem Führer, daß er mit hellseherischer (!) Sicherheit rechtzeitig die Waffen schmiedete und das Volk rüstete für diesen Waffengang, den Deutschland nicht gewollt hat [...] Der Herr hat Großes an uns getan! Ihm geben wir die Ehre. Mit vollem Vertrauen zu einer Führung und zu einer Wehrmacht (!) und mit gutem Gewissen (!) kann das deutsche Volk dem letzten Waffengang entgegengehen, dem unmittelbar gegen das Inselreich (England) zu führenden Krieg“<sup>26</sup>.

Man ist heute zutiefst betroffen, wohin die auch in Freien evangelischen Gemeinden theologisch noch nicht überwundene Einheit von Thron und Altar, die aus der Kaiserzeit so tief verwurzelt war, geführt hat. Hinsichtlich des Staatsverständnisses treibt sie bis heute ihr Unwesen<sup>27</sup>.

#### d) *Nachkriegszeit bis 1967*

Die Nachkriegszeit brachte Auseinandersetzung um die Schuldfrage. Im Nachgang zur „Stuttgarter Erklärung“ des Rates der EKD entbrannte ein Streit darüber, ob eine solche Erklärung auch von seiten des Bundes abzugeben sei, wobei es besonders um die Frage der Auslegung von Römer 13 ging und darum, ob Schuld nur individuell und privat oder auch kollektiv

<sup>23</sup> Der Gärtner, Nr. 44 vom 29.10.1933, S. 827 f.

<sup>24</sup> Der Gärtner, Nr. 37 vom 10.9.1939, S. 617 f.

<sup>25</sup> Der Gärtner, Nr. 20 vom 19.5.1940, S. 157.

<sup>26</sup> Der Gärtner, Nr. 26 vom 30.6.1940, S. 214.

<sup>27</sup> Zu dem Gesamtkomplex siehe: H. Weyel, 50 Jahre unbewältigter Vergangenheit? Die Freien evangelischen Gemeinden nach der Machtergreifung des Nationalsozialismus, in: Der Gärtner Nr. 5 vom 30.1.1983, S. 69 ff bis Nr. 9 vom 27.2.1983, S. 131 ff.

und öffentlich zu bekennen sei. Leider gab es auch nicht wenige Versuche unbußfertiger Selbstrechtfertigung oder gar völliger Verneinung von Schuld. Wo Schuld eingesehen und bekannt wurde, kam es meines Wissens so gut wie nirgendwo zu einem Schuldbekenntnis wegen Teilnahme am Krieg und wegen des tödlichen Gebrauchs von Waffen (Ausnahme: H.A. Ritter), allenfalls zu der Schuldeinsicht: „Im Krieg haben wir für Hitler und seinen Sieg gebetet“ (Heitmüller). Die Forderung: „Es ist allerhöchste Zeit, daß wir ein neues evangelisches Verständnis von Römer 13 und den anderen diesbezüglichen Stellen gewinnen“ (Heitmüller), zeigte an, daß nicht nur der Nationalismus zu überwinden war, sondern auch eine neue Position zum Staat und zur Obrigkeit gefunden werden mußte<sup>28</sup>.

In diesem Zusammenhang scheint nirgendwo die Frage diskutiert worden zu sein, ob Krieg und Waffengebrauch im Krieg mit dem Gewissen eines Christen und Gemeindegliedes vereinbar sei. Widerstand gegen Wehrpflicht und Mobilmachung scheint indiskutabel zu sein. Es bleibt unverständlich, warum nicht über die Frage nachgedacht wurde, daß der 2. Weltkrieg als Angriffs-, Eroberungs- und Vernichtungskrieg nicht einmal der fragwürdigen Kategorie eines „Gerechten Krieges“ entsprach, und daher Glaubende den Kriegsdienst hätten verweigern müssen. Oder war die von dem evangelischen Theologen Richard Rothe schon im 19. Jahrhundert geäußerte Ansicht bereits so verwurzelt, der gemeint hatte: „In Zeiten eines großen weltgeschichtlichen Neubaus [...] können Eroberungskriege pflichtgemäß sein“? Bei Rothe tauchen schon Gedankengänge des modernen Imperialismus sowie die ‚Volk-ohne Raum‘ Theorie auf, wenn er meint, daß, wenn ein Volk zur Sicherung seiner politischen Existenz eine Erweiterung seines Gebietes bedarf, dieses zu Eroberungen genötigt sein kann. Hier wird nicht mehr nach Recht oder Unrecht gefragt, sondern nach Größe und Nützlichkeit<sup>29</sup>.

„Die Freien evangelischen Gemeinden sind nicht als traditionelle Wehrdienstverweigerer bekannt. In der Nazizeit dienten ihre Anhänger [...] als Soldaten an allen faschistischen Aggressionsfronten“, stellte das Ministerium für Staatssicherheit der DDR in einer Analyse der Freien evangelischen Gemeinden fest. Immerhin konnte das MfS beobachten: „In den letzten Jahren hat sich jedoch der Grundsatz der Wehrdienstverweigerung auch auf Angehörige dieser Gemeinschaft ausgedehnt. In Westdeutschland wurden [...] spezielle Wochenend-

28 Vgl. dazu H.-A.Ritter, Zur Geschichte der Freien evangelischen Gemeinden zwischen 1945 und 1995, Teil I, Christsein heute forum Nr. 94/95, Witten 1996, S. 4 ff.

29 W. Dignath, Kirche, Krieg, Kriegsdienst, Hamburg 1955, S. 54.

tagungen für Wehrdienstverweigerer veranstaltet. Vorwiegend ist jedoch die alte Tradition beibehalten worden“<sup>30</sup>.

Es bleibt unverständlich, warum im Zeitalter des beginnenden Kalten Krieges und der von Adenauer geplanten Wiederbewaffnung keine ernsthaften Diskussionen und Beschlüsse über alternative Politik umgesetzt wurden, etwa über den Plan der deutschen Quäker zur Lösung der deutschen Frage von 1954: „Wieder sucht die Welt Heil und Sicherheit in der Waffe. Aber die Waffe bietet keinen wirklichen Schutz, sie vernichtet nur das Leben des Mitmenschen. Sie schafft den Friedhof, nicht den Frieden“. Die Quäker richten daher an alle Verantwortlichen „die Bitte, folgenden Plan zu überprüfen: Deutschland als großes Land der europäischen Mitte nimmt das Wagnis eines unbewaffneten Landes auf sich. Angesichts der Trümmer unserer und fremder Städte, für die Heimatlosen in allen Ländern, für die Jugend der Welt, über den ungezählten Gräbern zweier Weltkriege erklärt unser Volk der Welt den Frieden [...]“<sup>31</sup>.

#### e) Positionen seit 1968

Die Studentenunruhen mit ihrem Protest gegen den Vietnamkrieg und die aufkommende Friedensbewegung fordern auch Freie evangelische Gemeinden endlich wieder zur Beschäftigung und zu Stellungnahmen zum Thema Krieg und Frieden heraus. Dabei hat – so unwahrscheinlich es zunächst klingt – der Internationale Kongreß für Weltevangalisation in Lausanne 1974, an dem auch Vertreter der FeG beteiligt waren, eine Schrittmacherrolle gespielt. Für manche Vertreter der FeG war die Formel von der „umfassenden Evangalisation“, die auch sozialetische und politische Dimensionen habe, völlig neu. Daß Christen die „Sorge Gottes um Gerechtigkeit und Versöhnung in der ganzen menschlichen Gesellschaft“, die „auf die Befreiung der Menschen von jeder Art der Unterdrückung“ zielt, zu teilen haben, daß „Evangalisation und soziale wie politische Betätigung gleichermaßen zu unserer Pflicht als Christen gehören“, daß Christen versuchen müssen „Gottes Gerechtigkeit nicht nur darzustellen, sondern sie inmitten einer ungerechten Welt auch auszubreiten“, das waren ungewohnte Töne, die nicht so schnell Eingang in das Denken und Handeln fanden<sup>32</sup>.

In einem „Wort zur Woche“ setzt sich ein Pastor des Bundes sehr kritisch mit der Friedensbewegung auseinander und fragt provozierend:

---

30 H.-A.Ritter (wie Anm. 28), Teil II, S. 8.

31 In: Friedensrundschau 1954/7.

32 K. Bockmühl, *Evangelikale Sozialetik*, Gießen 1975, S. 14 f.

„Mit welchem Recht, mit welchem moralischen Recht dürfen sich die unterschiedlichsten Vertreter der Friedensbewegung der Bergpredigt bemächtigen, als wäre sie ein herrenloses Strandgut?“ Er meint, daß nur derjenige, der für Jesus Christus schreit, die Bergpredigt zitieren dürfe. (Wenn Christen es doch täten!) Der Autor leistet damit einer undifferenzierten Ablehnung der Friedensbewegung Vorschub, ohne sich mit deren überlebenswichtigen Anliegen auseinanderzusetzen<sup>33</sup>.

Peter Strauch, damals noch Leiter der Bundesjugendarbeit, veröffentlicht zum Tag der Gemeindejugend 1982 „Thesen zum Frieden“, die alle Kriege als Folgen der Ursünde postulieren und von der Notwendigkeit der persönlichen Erneuerung des Menschen durch Christus ausgehen. Christen haben deshalb die Aufgabe, mit ihrer

„ganzen Existenz Zeichen des Friedens zu setzen“. „Da Gott uns nicht erlaubt, unser persönliches Leben in verschiedene geistliche und weltliche Ebenen zu unterteilen, wird unser zeichenhaftes Leben auch unsere politische Verantwortung miteinschließen. Dazu kann für den einen oder anderen die Berufung in eine politische Funktion gehören [...]“. „Wenn wir Jesus Christus nachfolgen, wird uns die Tatsache, daß erst mit der Zukunft Gottes eine friedliche und gerechte Welt geschaffen wird, nicht mehr lähmen, sondern anspornen“<sup>34</sup>.

Billy Graham genießt auch in Freien evangelischen Gemeinden hohes Ansehen. Manche sind positiv erstaunt, manche sind auch irritiert, als Graham mitten in der Diskussion um den Raketen-Doppelbeschluß der NATO und trotz Intervention des US State Departments zu einer Interreligiösen Friedenskonferenz vom 10.-14. Mai 1982 nach Moskau reist und einen unerwarteten Vortrag zum Thema „The Christian Faith and Peace in a Nuclear Age“ hält. Für manche evangelikale Ohren ungewohnt ruft der Evangelist zu konkreten weltweiten Initiativen zur Abrüstung und zum Frieden auf:

„I believe it is the special responsibility of religious leaders who see life is sacred to work toward an international negotiated treaty to vastly reduce or ban today's weapons of mass destruction“. Graham stellt fest, daß es keinen Zweifel daran geben kann, „that the world is facing the most critical moment since the beginning of human history“.

Obwohl Graham glaubt, „that lasting peace will only come when the Kingdom of God prevails [...] when Christ returns“, schlägt er fünf Schritte vor, die jetzt zu gehen sind:

- First, let us call the nations and leaders of our world to repentance [...]
- Second, let us call the nations and leaders of our world to a new and determined commitment to peace and justice [...]
- Third, let us call the nations and the leaders of the nations to take specific

33 A. Jung, in: Der Gärtner, Nr. 49/1981, S. 784.

34 Materialblatt 4 zum Tag der Gemeindejugend, hg. von der Jugendgeschäftsstelle BfeG.

steps which will lead toward peace [...]

– Fourth, let us call the peoples of the world to prayer [...] (to get „a tremendous impact on the issues that face us“)

– Finally, let us who are assembled here today rededicate ourselves personally to the task of being peacemakers in God’s world“<sup>35</sup>.

In einem Interview mit Jim Wallis betont Graham, daß Christen Gottes Wille an die erste Stelle zu rücken haben und fragt dann:

„Ist es sein Wille, daß wir Mittel und Möglichkeiten für massive Aufrüstung ausgeben, die wir besser für die Bekämpfung menschlichen Leidens und des Hungers einsetzen könnten? Natürlich nicht. Unsere Welt hat den Blick für wahrhaftige Werte verloren und folgt stattdessen falschen Göttern und falschen Wertmaßstäben“<sup>36</sup>.

(Das gilt gewiß nicht nur für die sogenannte „böse Welt“, sondern leider auch für nicht wenige Christen!)

1983 gibt der Bund Freier evangelischer Gemeinden eine „Gesprächshilfe“ zur Friedensfrage heraus, die Gemeindegliedern Orientierung in Richtung Friedensbewegung geben soll. Dort heißt es:

„Die Friedensbewegung könnte uns wegführen von der Tatsache der Verlorenheit ohne Christus“. Auch wenn man die Friedensbewegung „sehr differenziert“ beurteilen muß, ist zu beobachten, daß sie „ihre ganze Kraft für einen innerweltlichen Frieden“ einsetzt. Viel schlimmer als jeder Krieg ist jedoch die ewige Verlorenheit ohne Christus. „Wir können und dürfen uns nicht einer Bewegung anschließen, die hier die Gewichte verlagert“. Wir nehmen „die Stimmen derer sehr ernst, die befürchten, die Friedensbewegung könne sich einmal zu einem antichristlichen Friedensreich etablieren“ (!). Die „Gesprächshilfe“ plädiert dafür, die Regierungen in Ost und West „energisch“ zu gleichzeitigen Abrüstungsschritten zu drängen. In den Gemeinden soll man unterschiedliche Ansichten zur Friedenssicherung respektieren. Es ist „außerordentlich wichtig“, daß die verschiedenen Positionen „die Bruderschaft und Einheit der Gemeinden nicht zerstören“<sup>37</sup>.

So sehr damals Mitglieder der Bundesleitung und der Pastorenschaft ganz auf der Linie der politischen Mehrheitsmeinung in Deutschland lagen, konnten (oder wollten) sie nicht verhindern, daß Teile der jungen Generation an neuen Tönen zum Friedensengagement von Christen sehr interessiert waren, die aus der sogenannten linksevangelikalen Ecke kamen, wie etwa von Blunck, Parzany, Teschner, Wallis, Sugden, Padilla, Escobar.

In diese „Ecke“ gehört auch Ronald Sider, Theologe am Eastern Baptist Theological Seminary in den USA und Mitglied der Theologischen Kommission der Weltweiten Evangelischen Allianz, der damals häufig Red-

---

35 Idea Dokumentation Nr. 23/1982).

36 Aus: Blunck, Parzany, Teschner, Geistlicher Doppelbeschluß, o.J.

37 Aus: Die Gemeinde Nr. 48/1983, S. 11.

ner auf deutschen evangelikalen Treffen war. Der Bundes-Verlag bringt nicht nur ein Buch von ihm heraus mit dem Titel: „Jesus und die Gewalt“, sondern veröffentlicht auch einen Vortrag Siders unter der Überschrift: „Kann ein Christ den nuklearen Startknopf drücken?“ Darin heißt es:

„Wir vertrauen mehr und mehr ausgeklügelten Waffen als Gott. Wir glauben an die NATO und nicht an den Schöpfer. Reue über diese Sünde des Götzdienstes und Abkehr von diesem Unglauben scheinen mir deswegen der erste Schritt zu atomarer Abrüstung zu sein“.

„Der Weg des Kreuzes ist Gottes Weg, das Böse zu überwinden [...] Der stellvertretende Tod Jesu für seine Feinde ist für mich das Kernstück meiner eigenen Gewaltlosigkeit“.

„Die Auferstehung ist die Grundlage unserer neuen Kraft, für den Frieden zu arbeiten [...] Die Friedensbewegung in Europa ist eine aufregende Sache. Natürlich gibt es Leute in ihr, die andere Motive haben als wir. Trotzdem können wir Gott dafür danken, daß der Friede zu einem wichtigen Thema in unserer Gesellschaft geworden ist“.

„Ich frage mich und Sie, ob die Evangelikalen in Deutschland nicht eine neue politische Bewegung brauchen, [...] eine Form von biblisch fundierter politischer Aktionsgruppe, die sich in biblischer Weise mit Gerechtigkeit und Frieden auseinandersetzt“.

Sider nennt als Beispiel aus den USA die Gruppe „Evangelicals for Social Action“<sup>38</sup>.

Einen zeitweiligen Schub in der sozialetischen und friedenspolitischen Diskussion brachte die Rückkehr mehrerer Delegierter aus den FeG, die tief beeindruckt am zweiten Missionskongreß des Lausanner Komitees für Weltevangalisation vom 11. bis 20. Juli 1989 in Manila teilgenommen hatten. Sie hatten dem Manifest von Manila zugestimmt, in welchem bekräftigt wird,

„daß wir jede persönliche und strukturelle Ungerechtigkeit und Unterdrückung verurteilen müssen, wenn wir die Gerechtigkeit und den Frieden des Reiches Gottes verkündigen“. Man stimmte zu, daß aus der Verpflichtung, „das Evangelium vom Reich Gottes zu predigen“, die Verpflichtung erwächst, „seinen Forderungen für Gerechtigkeit und Frieden“ nachzukommen. „Die Proklamation des Reiches Gottes erfordert notwendigerweise die prophetische Verwerfung all dessen, was damit nicht vereinbar ist. Zu den Übeln, die wir beklagen, gehören zerstörerische Gewalt, auch in der Form von institutionalisierter Gewalt, politische Korruption, alle Formen der Ausbeutung von Menschen und der Erde, Aushöhlung der Familie, Abtreibung auf Verlangen, Drogenhandel und Nichtbeachtung der Menschenrechte. In unserer Fürsorge für die Armen sind wir betrübt über die Schuldenlast in der Zweidrittelwelt“. „Wir tun Buße darüber, daß die Enge unserer Anliegen und Perspektiven uns oft davon abge-

---

38 Der Gärtner 1983, S.152 ff.

halten hat, die Herrschaft Jesu Christi über das ganze Leben, das private und das öffentliche, über das lokale und das globale auszurufen“<sup>39</sup>.

#### **IV. Dokumentation: Pazifismus und Kriegsdienstverweigerung. Aktuelle friedensethische Diskussionen, Positionen und Appelle der AG 8 der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF)**

Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen in Deutschland hat für ihre laufende Arbeit ständige Arbeitsgruppen eingerichtet, darunter die Arbeitsgruppe 8 zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden. Diese Arbeitsgruppe sieht neben der individuellen Beratung und Betreuung ihre Aufgabe und Verantwortung darin, durch Stellungnahmen und Veröffentlichungen Einfluß auf friedensethische Meinungs- und Gewissensbildung in den Gemeinden zu nehmen und auf entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen der Politik einzuwirken. Ihre Grundhaltung ist von einem an der Bibel orientierten Pazifismus geprägt, der die Kriegsdienstverweigerung als das notwendige Zeichen für die Realität des Reiches Gottes und als Ausdruck lebendigen Christseins in der Nachfolge Christi versteht.

*a) Wort zur Lage: Können unsere Freikirchen heute „ohne Waffen leben“? (1979)*

Trotz guter Ansätze in neuester Zeit bleibt es erschütternd, wie die Kirchen in ihrer fast zweitausendjährigen Geschichte mit Krieg und Frieden umgegangen sind. Gilt die allgemeine Erfahrung, daß wir Menschen aus der Geschichte nichts lernen, auch für unsere Freikirchen heute, die bewußt ihren Sendungsauftrag in dieser Welt, so wie sie ist, wahrnehmen wollen? Wenn wir in der Vergangenheit versagt haben – muß, kann, darf das so bleiben?

Herkömmliche Kriege mit Waffen aus der Vergangenheit, mit begrenzter Geographie und Alleinbeteiligung einzelner Völker sind endgültig vorbei. Selbst in ‚konventionellen Kriegen‘ in irgendeiner Wetterecke unserer Welt stehen sich jeweils sofort auch die hochgerüsteten Großmächte mit ihren Interessen und Einflußsphären gegenüber. In jedem Augenblick kann das ‚Gleichgewicht des Schreckens‘, nach dem sich die Militärstrategie verhält, in einen Weltbrand umschlagen. Dafür stehen zum Bersten gefüllte Waffenarsenale in West und Ost bereit. Die Neutronenbombe verschont Sachen und vernichtet „nur“ Menschen. Gegen diese Lage richten unsere Antworten von gestern nichts mehr aus. Die neue ungeheure Herausforderung des globalen Bösen zwingt unsere Gemeinden ins Fragen, was statt Gleichgültigkeit oder Resignation der Wille Gottes an uns heute ist.

---

<sup>39</sup> Gärtner-Forum Nr. 44, S. 2, 5, 6.

Weltweite Wirtschaftsverflechtungen der Industriestaaten einerseits und weltweite Not der Entwicklungsländer andererseits machen erkennbar, daß es nur im Miteinander und nicht im Gegeneinander ein gemeinsames Weiterleben der Menschheit gibt. Dazu ist Umdenken nötig. Die Wirtschaftskraft und Technologie der Großmächte, Energiequellen und Rohstoffe müssen statt für Aufrüstung für wechselseitige Hilfe unter den Völkern im Austausch von Menschen und Mitteln eingesetzt werden. Das bedeutet für unsere Gemeinden Verzicht auf weitere Steigerung an ‚Lebensqualität‘, Aufgeschlossenheit für die Lage der Armen in anderen Ländern und Übernahme eines Stückleins ‚Weltverantwortung‘ vor Ort.

Bisher wurde vielfach nur an das Verhalten des einzelnen gedacht, wenn wir von christlicher Verantwortung redeten. Fast nur auf den einzelnen war das diakonische, missionarische und evangelistische Handeln unserer Gemeinden ausgerichtet. Das Evangelium meint uns aber auch und gerade als Gemeinde in der Gesamtheit in unserer Welt heute. Wir dürfen uns deshalb nicht länger damit begnügen, nur bei der Entscheidungsfindung des einzelnen zu helfen. Wir müssen auch als Gemeinde zu neuen Wegen zum Frieden, zur Abrüstung und zur besseren Verteilung der Weltgüter an die Hungernden und Armen finden. Wir sind einbezogen in die Entscheidung zwischen Machtpolitik, die sich auf Haß und Waffen stützt, und Vernunftpolitik, die auf Vertrauen und Abrüstung zielt. Christen und Kirchen stünde es gut an, in dieser Alternative bewußt und gewollt auf Vernunft zu setzen, diese gute, aber in der Menschheitsgeschichte bisher so wenig genutzte Gottesgabe. Hier wäre ein Ansatz, Gemeinde-Ethik zu entwickeln, nicht um an einer ‚heilen Welt‘ mitzuwirken, sondern um als Gemeinden Zeichensetzer für Frieden im umfassenden Sinn zu werden<sup>40</sup>.

*b) Theologische Basis der AG 8: Unser Friedenszeugnis (Juni 1984)*

Gott hat in Jesus Christus die Welt mit sich versöhnt und dadurch Frieden gestiftet. Seither hat der Friede einen Namen – Jesus Christus ist unser Friede (Eph. 2, 14). Auf dieser Grundlage handeln die Christen in der Gemeinde (1. Thess. 5, 13) und in der Welt (Mat. 5, 9). Sie lassen sich nicht von politischen Sachzwängen leiten, sondern vom Auftrag zum Versöhnungshandeln (2. Kor. 5, 19-20).

Die Gemeinde bekennt Jesus Christus als einzigen Herrn und alleiniges Haupt. Mit seinem Kommen ist die Gottesherrschaft angebrochen. Damit hat Gott sein Friedensreich begonnen, und er wird es vollenden und einen neuen Himmel und eine neue Erde schaffen, in denen Gerechtigkeit und

---

40 Aus: Die Gemeinde Nr. 21/1979.

Friede ohne Ende wohnen (Jes. 32, 17 f.). Solcher Glaube bewahrt uns vor dem Zwang, den Frieden selbst zu schaffen, ebenso wie vor dem Nichtstun. In der Hoffnung auf den wiederkommenden Herrn sind wir frei für mutige Schritte für den Frieden.

1. Als Merkmale für diese Friedensschritte nennen wir:
  - die Feindesliebe (Mat. 5, 44). Wir können das Böse mit Gutem überwinden (Röm. 12, 21);
  - die Bruderliebe (Joh. 13, 34 f.). Gott ruft sich sein Volk und seine Gemeinde aus allen Nationen und Kulturen zusammen. In Christus sind diese Vielen zu einem Leib zusammengefügt. Der Auftrag zur Einheit des Leibes Christi hindert uns, Teile dieser weltweiten Gemeinschaft zu bedrohen oder gar zu vernichten;
  - den geistlichen Kampf (2. Kor. 10, 4). Gott beauftragt uns, in dieser Welt mit geistlichen Waffen zu kämpfen. Dem Bösen, das sich in dieser Welt austobt, zu widerstehen, ist uns die geistliche Waffenrüstung gegeben (Eph. 6, 10 ff);
  - die Verantwortung für die Schöpfung (1. Mose 2, 15). Da Gott seiner Schöpfung treu bleibt, haben wir uns an dieser Treue zu orientieren. Wir sind deshalb gehindert, die Erde zu bedrohen oder gar ihrem Bestehen ein Ende zu bereiten oder den Menschen zum Maß aller Dinge zu machen;
  - die Kraft der Schwachen (2. Kor. 12, 9). Gottes Handeln in dieser Welt ruft immer wieder Unverständnis und Widerspruch hervor. Christus, der Gekreuzigte, ist das Maß dieses Handelns.

2. Unsere Aufgabe, Friedensstifter zu sein, stellt sich uns in einer friedlosen Welt. Diese Lage trifft den einzelnen zunächst in seinem Gewissen. Hier sucht und geht er seinen Weg des Gehorsams auf den Anruf Gottes. Dieser Weg ist am Evangelium nachprüfbar, denn das Wort Gottes ist dem Gewissen vorgeordnet. Das Gewissen ist nicht Wertmaßstab in sich selbst, sondern an das Wort Gottes gebunden (1. Petr. 3, 16).

3. Wir leiden darunter, daß das eine Wort Gottes an uns alle in der Friedensfrage so unterschiedlich gehört, verstanden und beantwortet wird. Das stört unsere Gemeinschaft in der Gemeinde und schwächt unsere Glaubwürdigkeit nach außen. Es macht uns betroffen, daß in der jüngsten Geschichte unserer Gemeinden, z.B. im Dritten Reich, bei der „Vernichtung unwerten Lebens“ (Euthanasie) und der „Endlösung der Judenfrage“ (Rassismus) nur einige wenige gegen dies Unrecht ihre Stimme erhoben haben, die Gemeinde als Ganze aber geschwiegen hat. Im Erkennen dieser Schuld wird uns bewußt, daß unsere Gemeinden damals zu wenig Mitver-

antwortung in ihrer Gesellschaft wahrgenommen haben gegenüber dieser besonderen historischen Herausforderung.

4. Wir möchten daraus lernen, daß wir uns bei Grundfragen der Ethik einüben in gemeinsame Entscheidungsfindung am Evangelium. Um der Wahrhaftigkeit und Gemeinschaft willen gehört dazu auch, miteinander „kräftig zu streiten“, damit Konflikte nicht verdrängt, sondern bewältigt werden. Wenn wir so handeln, ist das zugleich Erziehung zum Frieden.

Wir bitten unseren Herrn Jesus Christus, daß wir ihn in der gegenwärtigen, weltweiten Herausforderung durch Hunger, Kriegsbedrohung und Umweltzerstörung nicht erneut verleugnen. Im Vertrauen auf den Frieden Gottes, der höher ist als alle Vernunft und weiter reicht als unsere Erfahrung, gewinnen wir die Zuversicht, daß unsere Arbeit nicht vergeblich ist in dem Herrn<sup>41</sup>.

*c) Tempelhofer Erklärung (vom 20. 3. 1990)*

„Für uns, Christen aus verschiedenen evangelischen Freikirchen, ist das Friedens- und Liebesgebot Jesu Christi verpflichtend. Konfliktlösung soll nicht durch Gewalt, sondern durch versöhnenden Ausgleich erreicht werden. Diese Handlungsweise ist nicht erst in Gottes zukünftigem Reich möglich. Sie soll vielmehr heute schon zeichenhaft und verändernd gelebt werden. Angesichts des Demokratisierungsprozesses in Europa, der in den letzten Monaten auch militärstrategisch völlig neue Tatsachen geschaffen hat und bald einen gesamtdeutschen Staat ermöglichen wird, sind wir der Überzeug:

1. In Deutschland darf es in Zukunft keine Wehrpflicht mehr geben. Für einen staatlichen Zwangsdienst, wie er bisher durch die allgemeine Wehrpflicht als Wehr- und Zivildienst praktiziert wurde, besteht heute erst recht keine Berechtigung mehr.
2. Wenn aus staatlichen Sicherheitsinteressen für eine Übergangszeit noch eine Armee für nötig gehalten wird, so ist eine parlamentarisch kontrollierte Berufarmee mit höchstens 80.000 Soldaten völlig ausreichend. Für die Zukunft halten wir die gesellschaftliche Einübung gewaltfreier Konfliktlösung (Soziale Verteidigung) für erforderlich.
3. Das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung muß erhalten bleiben. Solange die Wehrpflicht noch besteht, sollte die tatsächliche Dauer des Zivildienstes die des Wehrdienstes nicht übersteigen. Die Gewissensprüfung muß abgeschafft werden.

---

41 Überarbeitete Fassung nach einem zustimmenden Gespräch mit der Arbeitsgruppe „Jugendarbeit“ in der VEF (gekürzt).

4. Der Zivildienst muß in einen freiwilligen „Sozialen Friedensdienst“ umgewandelt werden, der Männern und Frauen gleichermaßen offensteht“.

d) *„Ziviler Friedensdienst und Soziale Verteidigung – eine echte Alternative!“* (1993)

„Wenn Christen Salz der Erde und Licht der Welt sind, dann ist damit ganz bestimmt nicht nur das evangelistische Gespräch von Mensch zu Mensch gemeint, sondern auch die gesellschaftspolitische Wirkung des Christseins. Wer in diesem Sinn das Wohl des Landes suchen will, macht sich Gedanken über Alternativen zur militärischen Verteidigung, die die Unsumme von jährlich mehr als 50 Milliarden Mark verschlingt.

Das Konzept vom Zivilen Friedensdienst und Sozialer Verteidigung geht von der Grundvorstellung aus, daß in einer Demokratie Gesetz und Ordnung nach innen und außen auch mit gewaltfreien Instrumentarien bewahrt und durchgesetzt werden können – unter der Voraussetzung, daß die Bürger dieser Demokratie in gewaltfreier Konfliktaustragung geschult worden sind.

Der Staat muß sein Gewaltmonopol nicht ausüben, wenn die Bürger in Familie und Schule, bei Initiativen und Protestaktionen, bei der Abwehr von Diskriminierungen und bei ihrem Bemühen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Staates gegen bewaffnete Bedrohungen von innen und außen zu bewahren in der Lage sind, mit gewaltfreien Mitteln Konflikte zu schlichten, gewaltsamen Bedrohungen standzuhalten und Bedrohten zu helfen. Dazu ist allerdings eine Änderung unseres eingefleischten Denkens und die durchgängige Einübung in gewaltfreier Konfliktlösung nötig. Christen könnten hier für das Wohl ihres Landes eine gute Rolle spielen. Der Zivile Friedensdienst, der als freiwilliger Dienst für Männer und Frauen offen ist, könnte im Zusammenhang mit dem Erlernen von Sozialer Verteidigung allmählich den Wehrdienst in einer Armee und damit auch den zivilen Ersatzdienst ersetzen“<sup>42</sup>.

e) *Ein offenes Wort zur Lage: „Da hilft nur noch draufschlagen !?“* (1994) „Müssen Pflugscharen zu Schwertern umgeschmiedet werden“?

1. Die Frage: Bringt Gewaltlosigkeit noch etwas? „Keine Gewalt!“ riefen die Demonstranten der Wende in der ehemaligen DDR. Sie lösten gewaltlos eine Revolution aus. Der Golfkrieg brachte dagegen manche zu der Meinung, daß nur mit gezielter militärischer Gewalt

---

42 Presseerklärung der AG 8 der VEF, in: Der Gärtner 1993.

Unrecht und Diktatur beseitigt werden könnten. Der „Erfolg“ war grausam, auch wenn er von manchen gefeiert wurde.

Der Krieg in Ex-Jugoslawien machte tatsächlich hilflos. Manche Versuche der Politiker, die Konflikte friedlich zu lösen und die unsäglichen Greueltaten zu beenden, schienen über Jahre hinweg zu scheitern. Erst die Drohung mit Bomben durch die NATO hat anscheinend die Kriegsparteien beeindruckt.

Obwohl gerade auch Militärs den Sinn und Erfolg eines militärischen Eingreifens dort bezweifeln, sind manche Christen, die bisher von konsequentem gewaltfreiem Handeln überzeugt waren, in Zweifel geraten. Die Gewaltanwendung zur Lösung des Konfliktes erscheint manchen als das kleinere Übel, um weiteres Sterben und Leiden von Menschen zu verhindern.

Hier und jetzt muß deshalb die Frage gestellt werden, ob Gewaltfreiheit noch verheißungsvoll und wirksam ist oder ob sie im Fall der Fälle aufgegeben werden muß? Schon reden wieder einige von der Möglichkeit eines sogenannten „gerechten Krieges“. Was sagen wir als Christen, die Jesus Christus vertrauen möchten und sich an der Bibel orientieren?

2. Der Grund: Christus ist unser Friede! Auf dem Bekenntnis zu Jesus Christus gründet unser Christsein. Christus ist unser Friede (Eph. 2,14), das bedeutet doppelten Frieden: Frieden mit Gott und Frieden zwischen Menschen und Völkern. Gott hat durch Christus die Welt mit sich versöhnt und allen Christen den Auftrag erteilt, zur Versöhnung mit Gott zu rufen (2.Kor. 5, 19-20). Das können wir nur überzeugend tun, wenn wir gleichzeitig dafür eintreten, das Böse nicht mit Bösem zu vergelten, sondern mit Gutem (Röm. 12, 17-21). So hat es Gott selbst gemacht (Röm. 5, 6-10). Entsprechend der biblischen Anweisung wird auf diese Art und Weise das Böse überwunden, auch wenn es unserer menschlichen Logik zu widersprechen scheint.

Im Klartext heißt das: Gewaltfreiheit ist der einzige Weg, der die Verheißung Gottes hat (Matth. 5, 5-10; Hebr. 10, 32-39). Selbst wenn er der schwierigere ist und auf dieser Erde sein Ziel nie ganz erreichen wird, bleibt er das.

3. Die Konsequenz: Einübung in gewaltfreie Konfliktlösungen: Für die, die sich darauf berufen, daß Christus unser Friede ist, kann es deshalb nur eine Konsequenz geben: alles daranzusetzen, im Kleinen wie im Großen als Friedensstifter tätig zu sein. Das ist der Weg der gewaltfreien Konfliktlösung. Sie setzen damit deutliche Zeichen, wie Gott seine Welt bewahrt und gestaltet haben will.

Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten, auf die wir hinweisen möchten:

- Beteiligung an freiwilligen Friedensdiensten im In- und Ausland. Sie reichen von kurzzeitigen Einsätzen in Flüchtlingslagern im ehemaligen Jugoslawien bis zu mehrjährigen Friedensdiensten in Entwicklungsländern. Letztere können als Ersatz für den Zivildienst geleistet werden.
- Beteiligung an Verfahren der gewaltfreien Konfliktlösung (Mediation). Sowohl in persönlichen Streitfällen als auch in Gruppenkonflikten und in politischen Auseinandersetzungen ist dieses Verfahren anwendbar. Es muß allerdings eingeübt und immer wieder erprobt werden.
- Beteiligung am Konzept der Sozialen Verteidigung. Sie umfaßt alle Formen des gewaltfreien Widerstandes bei einem militärischen Angriff von außen oder einem Staatstreich im Inneren.
- Beteiligung an der Forderung zur Einführung eines Zivilen Friedensdienstes. Er könnte in der Zukunft als Schulungseinrichtung und mit organisierten Dienst- und Einsatzgruppen zur gewaltfreien Konfliktlösung den Wehrdienst ersetzen.
- Beteiligung an der Kriegsdienstverweigerung. Solange die Wehrpflicht noch besteht und solange die Beteiligung an oben genannten Diensten nicht gesetzlich geregelt ist, bleibt die KDV notwendig. Kriegsdienstverweigerer setzen damit ein Zeichen für Gewaltlosigkeit und unbedingten Willen zum Frieden ohne Waffen<sup>43</sup>.

f) *Appell: „Sind Soldaten Mörder?“ (1996)*

„Als Beauftragte zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden im Bereich der Evangelischen Freikirchen beobachten wir seit längerem eine Entwicklung, die uns zutiefst besorgt macht und zum Protest herausfordert:

Weil der Sinnverlust des Dienstes bei der Bundeswehr immer weiter um sich greift und steigende Kriegsdienstverweigererzahlen nach sich zieht, scheinen die politisch Verantwortlichen zu merkwürdigen letzten Mitteln zu greifen, um diesen Trend zu stoppen:

- Sie begründen militärische Einsätze mit der „Wahrung von Menschenrechten“ und kaschieren damit politische Ratlosigkeit oder schwerwiegende Fehler in der Außenpolitik.
- Sie wehren sich gegen den vernünftigen Trend zur Abschaffung der Wehrpflicht mit Argumenten aus vordemokratischer Zeit.
- Sie versuchen verzweifelt, das schwindende Image der Bundeswehr mit formaljuristischen Mitteln zu retten, indem die Bundesregierung

---

43 Faltblatt der AG 8 der VEF.

ein Gesetz zum besonderen Ehrenschatz für die Bundeswehr (§ 109 b StGB) plant.

Die freiheitliche Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, besonders auch hinsichtlich der Verwendung des Tucholsky-Zitates „Soldaten sind Mörder“, müßte für die Politik und die Gesellschaft ein notwendiger Anlaß sein, offen und demokratisch über die Rolle und Existenzberechtigung der Bundeswehr, der Wehrpflicht, der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und eines „Zivilen Friedensdienstes“ zu diskutieren.

Statt dessen wird versucht, pazifistische Stimmen gegen den Gebrauch von Waffengewalt mundtot zu machen. Die ethische Beurteilung solcher, die mit Waffen das Leben von Menschen auslöschen, soll unter Strafandrohung gestellt werden. Das widerspricht den Grundrechten unserer Verfassung.

Eine solche Einschränkung der Meinungsfreiheit ist in den westlichen Demokratien ohne Beispiel. Sie öffnet polizeistaatlichen Methoden Tür und Tor und erinnert an schreckliche Zeiten in der deutschen Geschichte. Ein solches Gesetz würde fatal an den § 134 a des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich anknüpfen, der im Dritten Reich als Instrument zur Verfolgung Andersdenkender diente.

Wir protestieren als Christen gegen diesen Versuch, die Meinungsfreiheit einzuschränken!

Da wir versuchen, von unserem Glauben her zu denken und zu leben, sind wir davon überzeugt, daß die Verfügung über Leben und Tod nur Gott zusteht. Eine Ausnahme von dem Gebot Gottes „Du sollst nicht töten“ darf von keinem Menschen verfügt werden. Wir sehen jede Vernichtung von menschlichem Leben als gegen Gott gerichtet und damit als schwere Schuld an. Keine staatliche Macht kann den Menschen von dieser letzten Verantwortung freisprechen und ethisch entlasten.

Wir sehen deshalb unsere Glaubensfreiheit tangiert, wenn uns verboten werden sollte, das Töten von Menschen (im oder ohne Krieg) ethisch und öffentlich zu qualifizieren. Es muß möglich bleiben, daß jemand aus Überzeugung das militärische Töten als „Mord“ bezeichnet und diejenigen, die es ausführen oder befehlen als „Mörder“ benennt. Das geschieht unter Vorbehalt und nicht ohne das Bewußtsein eigener Schuld auf vielen Gebieten. Aber eine deutliche ethische Bewertung, die auch zur Warnung dient, ist damit nicht ausgeschlossen, sondern zur Gewissensbildung geradezu erforderlich.

Wir fordern deshalb alle Fraktionen des Deutschen Bundestags auf, das Gesetzgebungsvorhaben der Bundesregierung unbedingt zu stoppen. Wir weisen darauf hin, daß der Ehrenschatz

der Bundeswehr und jedes einzelnen Soldaten völlig ausreichend durch die §§ 185 ff StGB gewährleistet ist.

Wir appellieren deshalb an jeden einzelnen Abgeordneten des Deutschen Bundestages, den Entwurf des § 109 b StGB abzulehnen und hierdurch inneren und äußeren Schaden von der Bundesrepublik Deutschland abzuwenden<sup>44</sup>.

## V. Ergebnis: Zusammenfassung und offene Fragen

Die Positionen zur politischen Ethik aus der Kirchengeschichte und aus der in Lausanne angestoßenen Bewegung der Evangelikalen zeigen den immerwiederkehrenden Bezug zur Verkündigung des Reiches Gottes und zur Nachfolge Jesu. Jesu größtes Anliegen war die Königsherrschaft Gottes. Sie bildete das Zentrum seiner Verkündigung. Er erwartete von seinen Jüngern, daß sie an erster Stelle nach dem Reich Gottes trachteten und für sein Kommen beteten. Die Königsherrschaft Gottes war die alttestamentliche Hoffnung auf eine veränderte Welt. Jesus offenbarte seinen Jüngern, daß sie mit ihm und in ihnen schon angebrochen ist und sich wie aus einem winzigen Senfkorn zu einem großen Baum entfalten wird. Das Reich Gottes entfaltet seine Wirksamkeit, indem es Beziehungen und Verhältnisse verändert und heilt. Die Bibel bezeichnet das Ergebnis mit dem Wort „shalom“ bzw. „eirene“ (= Frieden). Die Proklamation des Reiches Gottes erfordert notwendigerweise, seinen Forderungen für Gerechtigkeit und Frieden auch nachzukommen. Insofern kann der Pazifismus eine Konsequenz biblisch-theologischer Friedensethik sein.

Der Auftrag für Christen ist: die „Institution des Krieges überwinden“ und eine „Kultur der Gewaltfreiheit aufbauen“, stellt der Konziliare Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung fest. Aber, diese Zielvorgaben zugunsten eines prinzipiellen Verzichts auf Androhen und Einsatz von verletzender und tötender Gewalt gegen Menschen beim Austragen von Konflikten werden oft als irreführende „pazifistische Utopie“ kritisiert. Die Festlegung auf Gewaltlosigkeit sei „ein großer Irrtum über den Menschen und seine Natur“, weil staatliche Ordnung erfahrungsgemäß nicht ohne „sanktionierende Gewalt“ auskommen würde (Arbeitskreis ‚Sicherung des Friedens‘). Begrenzter Krieg könne „üble Notwendigkeit“ sein (EKD-Präses Schmude). Es könne eine „Pflicht zu militärischen Aktionen“ geben (Landesbischof Hirschler). Kriegshandlungen werden als „humanitäre Intervention zum Schutz des

<sup>44</sup> Appell der AG 8 der VEF gegen den Gesetzentwurf zum besonderen Ehrenschatz für die Bundeswehr (gekürzt).

Schwächeren“ gerechtfertigt (Militärdekan Rausch). Ein „disziplinierter Rückgriff auf Gewalt zur Eindämmung von gewalttätiger Aggression“ wird als Mittel der Politik legitimiert (Prof. W. Sparr). Ist der Pazifismus also doch eine untaugliche Friedensethik für Christen?

Der schon zitierte Mennonit Myron S. Augsburgur hält dagegen, indem er auf das unselige Mißverständnis des christianisierten Abendlandes hinweist:

„Als Christen haben wir nicht die Aufgabe, eine Ethik für den Staat oder die Gesellschaft aufzustellen, sondern wir sollten uns darauf konzentrieren, eine klare, eindeutige Ethik für die Jünger Jesu zu entwickeln. In manchen Staaten der westlichen Welt ist es für die meisten Menschen schwer, diesen Standpunkt zu verstehen. Wir gehen oft immer noch davon aus, daß es ‚christliche Nationen‘ gibt, und wir versuchen, der Gesellschaft eine Ethik vorzulegen, die wir als Christen gutheißen können. Wir brauchen dringend ein neues Bewußtsein des Pluralismus im neutestamentlichen Sinne“<sup>45</sup>.

Kritisch nach den „Grundlagen, Chancen und Grenzen eines christlichen Pazifismus angesichts konkreter politischer Gestaltungsaufgaben“ fragt in einem Beitrag unter dem Thema „Pazifismus als politische Ethik für Christen?“ Wolfgang Lienemann, Prof. für Ethik an der Universität Bern: „Gibt es eine weitergehende politische Verantwortung des christlichen Pazifismus für das Ganze einer politischen Ordnung? Unter welchen Bedingungen und in welcher Form beteiligen sich Pazifisten an der Gewinnung und Ausübung politischer Ämter und damit auch politischer Macht?“<sup>46</sup>.

Damit ist die Gretchenfrage an den Pazifismus gestellt. Die Täuferbewegung untersagte die Ausübung öffentlicher Ämter (*qui interdicunt haec civilia officia christianis*). Teilnahme an politischer Verantwortung ist wiederum für die meisten heutigen Freikirchen und christlichen Pazifisten keine Frage mehr. Die Frage ist aber: wo liegt die Grenze ihres politischen Engagements, und welche Mittel sind für sie in der Ausübung politischer Ämter ausgeschlossen? Wenn der Pazifist nicht Soldat wird – darf er dann Polizist oder Richter oder Parlamentarier sein? Wenn nicht Verteidigungsminister, dann doch Justizminister? Wenn das Reich Gottes die radikale Infragestellung jeder staatlichen Macht ist, dann ist ein unbedingter Rückzug der Pazifisten aus allen Bereichen geboten, in denen Macht ausgeübt wird, denn staatliche Macht basiert immer auf der Gewalt der einen gegen die anderen.

45 Robert Clouse (Her.), *Der Christ und der Krieg*, Marburg 1982, S. 69

46 W. Lienemann, „Gerechter Frieden“ als Auftrag der Ökumene – Zur Auseinandersetzung um die Frage der Gewalt im Ökumenischen Rat der Kirchen, in: EAK (Hg.), *Christen und Pazifismus*, Bremen 1993, S.1-23.

Stimmt deshalb die These: wer Frieden schaffen und Gewalt eindämmen will, muß die dafür erforderlichen Machtmittel auch erstreben und anwenden? Gehört Macht – wie die Gewalt – zur *conditio humana*, und kann sie – auf andere Weise als die Gewalt – im Dienst von Recht und Frieden stehen, so daß alle davon einen Nutzen haben können? Muß sich die politische Ethik des Pazifismus fragen lassen, was sie zur Begrenzung und Steuerung politischer und wirtschaftlicher Macht in der nationalen wie internationalen Gesellschaft beizutragen vermag, etwa zum Schutz von Gewalt, zum Schutz vor Not und zum Schutz der Freiheit?

Der Pazifismus, der sich als konsequente biblisch-theologische Friedensethik versteht, wird sich immer mit der Übernahme öffentlicher Ämter schwertun, insbesondere natürlich mit dem sog. Schwertamt. Die Bergpredigt, der sich der Nachfolger Jesu verpflichtet sieht, liefert ihm das ständige Kontrast- und Störprogramm zur Welt und die Gemeinde ist für ihn die Kontrastgesellschaft, die heute schon nach qualitativ anderen – und das heißt vor allem – nach gewaltfreien Prinzipien ihr Leben ordnet und damit Hoffnungszeichen für die Welt setzen will. Hier stellen manche die Frage, ob dieses Kontrastbild der wahren Ekklesia der Welt nicht etwas schuldig bleibt, was die Christen ihr zu finden helfen könnten?

Ich sage nein! Wenn man den säkularen, religions- und konfessionsneutralen Staat um der Freiheit und des Schutzes der Bürger und der eigenen Gemeindeexistenz willen bejaht, und wenn man eine entsprechende Völkerrechtsordnung anstrebt, dann hat man das Recht und auch die Pflicht, die Wahl der Mittel, die zur Verteidigung des Rechtes und der Freiheit erforderlich sind, nicht nur kritisch zu hinterfragen, sondern auch von der Hoffnung des Reiches Gottes im Sinne des Pazifismus der Bibel zu verändern und dafür Mehrheiten zu gewinnen.

Die Frage nach der Politikfähigkeit des Pazifismus ist eine berechtigte und schwierig zu beantwortende Frage. Noch spannender aber ist die Frage: Unter welchen Bedingungen wird es möglich, daß die Verwalter politischer und wirtschaftlicher Macht und die Inhaber öffentlicher Ämter auf die Ausübung von (tötender) Gewalt verzichten können? Erst im jenseitigen Himmelreich, wenn es sie sowieso nicht mehr gibt?

Nein, die Realität des Pazifismus ist einfach: „Immer dann, wenn die Politik versagt, sind es zuerst die der Gewaltfreiheit verpflichteten Menschen, die noch unter dem Lärm der Waffen einen stillen Dialog der Verständigung beginnen. Es sind die Quäker, die in Nordirland geduldig arbeiten, die kleinen Friedensgruppen, die auf dem Balkan Treffen und Gespräche zwischen Todfeinden anbahnen und begleiten, die Entwicklungshelfer, die in Somalia

trotz allem aushalten. Wenn je Frieden wird, wächst er aus dem Samen, den diese Menschen gelegt haben“<sup>47</sup>.

„Eine gewaltfreie Aktion [...] betrachtet den Gegner, auch wenn sie Druck auf ihn ausübt, als einen Menschen, der nicht besiegt und geschlagen, sondern zum Einlenken gebracht werden soll. [...] Schon in der gewaltfreien Aktion selbst muß das Ziel des Kampfes, müssen wahrhaft humane Strukturen in den Beziehungen zwischen Menschen sichtbar werden“<sup>48</sup>.

„Insofern kann man sagen, daß der Pazifismus die Vision einer Politik aufscheinen läßt, wie sie einmal beschaffen sein müßte, um im Kampf um die Macht wenigstens unbedingt auf tötende Gewalt und seelische Zerstörung des Gegners verzichten zu können, denn das Tötungsverbot ist die definitive Schwelle, die uns von der Zerstörung der fremden wie der eigenen Humanität trennt. Pazifisten, die diese Schwelle zu überschreiten sich weigern, sind darum Hüter der Möglichkeit einer humanen Politik“<sup>49</sup>.

Die Frage, ob Pazifismus die Konsequenz biblischer Ethik ist, darf wohl mit einem deutlichen Ja beantwortet werden. Ob er eine erfolgreiche ethische Position darstellt, steht auf einem anderen Blatt. Das aber kann nicht der Maßstab christlichen Handelns sein. Die Wahrheit biblischer Friedensethik macht sich weder vom Erfolg noch von menschlicher Logik noch von historischer Erfahrung abhängig, sondern sie lebt aus dem Glauben an die Offenbarung des guten, heilvollen und letztlich sinnvollen Willens Gottes. Sie ist Ethik aus Glauben heraus und deshalb Gewissens- und Gesinnungsethik.

Luther, der oft genug äußerst ambivalente und dialektische theologische Positionen vertrat, weist die Richtung, die für glaubende Christen Orientierung zu geben vermag:

„Wir Christen sind andere Leute (als Fürsten, Herren, Juristen und sonstiges irdisches Regiment: ‚Das gehet uns nichts an.‘) und stehen in einem anderen Kampfe; wir fechten um ein anderes Leben, Land, Gut, Schatz und Reich, welches ewig währen soll. So haben wir auch solche Feinde, die wir nicht mit Eisen, Stahl, Schwert noch Büchsen wegschlagen oder hinrichten könnten. Darum müssen wir auch mit anderm Harnisch gerüstet sein, nämlich vom Himmel herab, von Gott selbst gezeit und gegeben“<sup>50</sup>.

47 Ebd. S. 22

48 H.E. Tödt, in: Deutscher Ev. Kirchentag Stuttgart 1969, Dokumente, Stuttgart 1970, S. 833-849

49 Lienemann (wie Anm. 47), S. 22

50 Martin Luther, WA 34 II, 397, 38-398, 8.